



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen zur Türkei	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an

FESPapaproditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Der November startete mit großen Erwartungen, da die beiden Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades für Gespräche in das schweizerische Mont Pelerin reisten. Im Zentrum des Treffens, das vom 7. bis 11. November stattfand, standen territoriale und andere damit verbundene Themen. Das Ergebnis der einwöchigen Gespräche hätte bestimmen sollen, ob die Verhandlungen in die Endphase eintreten und Sicherheits- und Garantiefragen im Rahmen einer Konferenz mit mehreren, d.h. fünf, Parteien diskutiert werden.

Beide Seiten gingen mit unterschiedlichen Positionen nach Mont Pelerin. Einerseits hatte die griechische Seite eine Einigung in der territorialen Frage zur Voraussetzung für die nächste und letzte Phase gemacht und deshalb auf eine Einigung bei den Kriterien für territoriale Anpassungen gedrungen. Diese auf einer Karte festgehaltenen Anpassungen sollten dann eine Mehrparteienkonferenz ermöglichen. Die türkisch-zypriotische Seite hatte zuvor jedoch klar gemacht, dass es solch eine Karte erst dann geben werde, wenn sich die Volksgruppenvertreter auf ein Datum für die Fünfparteienkonferenz mit den Garantiemächten geeinigt hätten.

Während der beiden ersten Tage konzentrierten sich die Volksgruppenvertreter auf noch offene Fragen in den Kapiteln EU, Wirtschaft, Governance, Eigentum und Machtteilung, wobei das Thema rotierende Präsidentschaft nicht diskutiert wurde. Das zentrale Thema territoriale Kriterien stand am 9. November auf

der Tagesordnung. Beide Seiten legten ihre Positionen schriftlich vor. Da jedoch nicht bei allen Kriterien eine Einigung erreicht werden konnte, konzentrierten sich die Gespräche auf drei Kriterien: die Zahl der rückkehrenden Flüchtlinge, die prozentuale Verteilung des Territoriums auf die beiden Teilstaaten und die Länge der Küste beider Teilstaaten. Nach einer langen, erfolgreichen Sitzung am 11. November konnten die beiden Volksgruppenvertreter eine Einigung über den prozentualen Anteil des türkischen Teilstaates vorlegen, der Berichten zufolge zwischen 28,2% und 29,2% liegen soll. Trotzdem konnte das Kapitel Territorium nicht abgeschlossen werden. Die beiden Volksgruppenvertreter einigten sich daher auf eine Unterbrechung der Gespräche und eine weitere, zweitägige Verhandlungsrunde über territoriale Fragen, die auf den 20. November angesetzt wurde. Laut türkisch-zypriotischem Regierungssprecher Baris Bucu verlangte Anastasiades die Unterbrechung der Verhandlungen, um mit dem griechischen Premierminister Alexis Tsipras und den anderen griechisch-zypriotischen Parteien Rücksprache zu halten.

Am 21. November endete die zweite Verhandlungsrunde in Mont Pelerin ergebnislos, da bei den Territorialfragen und insbesondere bei den drei Kriterien keine Übereinstimmungen erzielt werden konnte und der Verhandlungsprozess somit festgefahren war. Die türkisch-zypriotische Seite beschuldigte die griechischen Zyprioten, dass sie extreme Forderungen stellten, während die griechisch-zypriotische Seite betonte, dass sie sich nicht an gegenseitigen Schuldzuweisungen beteiligen wolle. Dennoch behauptete sie, dass die

Unnachgiebigkeit der türkischen Zyprioten zu dem Stillstand geführt habe. Es wird berichtet, dass die griechisch-zypriotische Seite auf die Rückkehr von 78.000 – 92.000 Flüchtlingen bestanden habe, während die türkisch-zypriotische Seite nicht mehr als 68.000 Rückkehrer akzeptieren wollte. Dies bedeutet, dass beide Seiten hinsichtlich Morphou eine rote Linie gezogen haben. Zudem habe es, nach Berichten türkisch-zypriotischer Medien zufolge, zu Beginn der Verhandlungen eine sogenannte Mini-Krise gegeben, nachdem der Inhalt eines Dokuments des griechischen Außenministers Nicos Kotzias durchgesickert war, wonach Griechenland nicht beabsichtige, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, wenn nicht zuvor die Garantiefrage geklärt werde. Griechenland und Zypern fordern, dass der Status der Türkei, Griechenlands und Großbritanniens als Garantiemächte beendet wird. Daraufhin telefonierte der Sonderberater des UN-Generalsekretärs, Espen Barth Eide, mit der türkischen und griechischen Regierung. Danach konnte die UN die bedingungslose Teilnahme Griechenlands an dem Treffen bekanntgeben.

Auf einer Pressekonferenz nach seiner Rückkehr von Mont Pelerin sagte Akinci, dass die griechische Seite versucht habe, zuerst die Gebietsfrage zu klären, ohne gleichzeitig eine Einigung in jenen für die türkischen Zyprioten äußerst wichtigen Themen, welche die politische Gleichheit betreffen, wie z.B. die rotierende Präsidentschaft und aktive Teilhabe an Entscheidungsprozessen, erreichen zu wollen. Einige Aspekte hinsichtlich der Gebietsfragen sollten ursprünglich erst während der letzten

Phase des Gebens und Nehmens im Rahmen einer Fünfparteienkonferenz verhandelt werden. Etwas später wiederholte Akinci seine Sicht der Dinge, wonach die griechisch-zypriotische Seite nur jene für sie wichtigen Themen abschließen wolle wie z.B. bei den Gebietsanpassungskriterien, jedoch andere ausstehende und für die türkischen Zyprioten bedeutsame Fragen wie z.B. die rotierende Präsidentschaft nicht abschließen wolle. Dies hätten die türkischen Zyprioten nicht akzeptieren können.

Während die Volksgruppenvertreter in Mont Pelerin versuchten, eine Einigung zu erreichen, nahmen mehrere tausend Menschen beider Bevölkerungsgruppen an einer Friedenskundgebung in der von der UN kontrollierten Pufferzone teil, um ihre Unterstützung für die Bemühungen zur Findung einer Lösung zu demonstrieren. Insgesamt unterstützten 120 türkisch- und griechisch-zypriotische Organisationen die Kundgebung.

In einem Schreiben vom 23. November ermutigte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die politische Führung beider Seiten, ihr ganzes Bestreben zur Überwindung der bestehenden Hürden hinsichtlich der Gebietsanpassungskriterien bei den Verhandlungen in Mont Pelerin in die Waagschale zu legen. Laut Ban Ki-moon hätten die Volksgruppenvertreter in den vergangenen 18 Monaten in allen Kapiteln bedeutende Fortschritte gemacht und seien weiter als je zuvor. Nun müssten sie auf der Basis dieser umfassenden Fortschritte weitermachen. Der Generalsekretär drängte darauf, dass die Volksgruppenführer ihre Bemühungen im Rahmen ihres gemeinsamen Engagements fortführten, um

alles zu tun, damit noch 2016 eine Lösung erreicht werden könne. Diese bedeutsame Chance könne insbesondere in einer von Spannung geprägten Region nicht vertan werden. Vorübergehende Rückschritte seien in der letzten Phase von Friedensverhandlungen nicht ungewöhnlich.

Nach der Unterbrechung der Verhandlungen versuchte der UN-Sonderbeauftragte Espen Barth Eide mit Hilfe einer Pendeldiplomatie andere Wege zu finden, um die Gespräche wieder in Gang zu bringen und eine weitere Krise zu verhindern. Für den 1. Dezember ist ein gemeinsames Abendessen der beiden Volksgruppenvertreter geplant.

Am 30. November kam der britische Außenminister Boris Johnson für einen offiziellen Besuch nach Zypern, um die Unterstützung seines Landes für die Friedensgespräche zu demonstrieren. Während seines Besuchs traf Johnson Präsident Anastasiades und Außenminister Ioannis Kasoulides im Süden und Akinci im Norden sowie Vertreter der in der Pufferzone stationierten britischen UN-Friedenstruppen.

Die Ortsgruppen der Republican Turkish Party (CTP) und AKEL in Nikosia trafen sich, um die sich in der Krise befindlichen Friedensgespräche zu analysieren. Nach dem Treffen betonten beide Parteien, dass sich keine der beiden Seiten in gegenseitigen Schuldzuweisungen verstricken sollte und forderten beide Volksgruppenvertreter auf, nach vorne zu schauen und dem Aufkommen nationalistischer Strömungen auf beiden Seiten entgegen zu wirken. Die Parteien tauschten sich auch darüber aus, welchen

konkreten Beitrag sie in dem Prozess liefern könnten und stellten Pläne über verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen vor, mit dem Ziel die Bevölkerung beider Seiten zusammen zu bringen.

Am Monatsanfang besuchte eine Delegation der Sozialdemokratischen Partei (TDP) die Parteizentralen von AKEL und DISY, um die neuesten Entwicklungen bei den Friedensverhandlungen und eine mögliche Unterstützung der Parteien bei diesem Prozess zu diskutieren.

Am 4. November fand die „Konferenz für Wege zu einem nachhaltigen Frieden“, die von World Vision International, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Cyprus Women`s Lobby unterstützt wurde, statt. An der Veranstaltung nahmen Frauen aus ganz Zypern teil. Den Teilnehmern sollte ein besseres Verständnis für die UN-Resolution 1325, deren Bedeutung und wie sie im täglichen Leben der Frauen umgesetzt wird, vermittelt werden. In ihrer Eröffnungsrede betonte Mara Marinaki, die Erste Beraterin für Genderfragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes und verantwortlich für die Umsetzung der UN-Resolution 1325 für Frauen, Frieden und Sicherheit, dass es immer noch ein großes Defizit bei der Miteinbeziehung von Frauen bei den Friedensgesprächen gebe. Diese wird unter anderem von der UN Resolution eingefordert. Die Abwesenheit von Frauen in den formellen Friedensgesprächen zeige, dass immer noch eine große Diskrepanz zwischen den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft und der Wirklichkeit beim Friedensprozess vorhanden sei. Die Sondergesandte des UN-Sekretärs in Zypern und Leiterin der UNFICYP, Elizabeth

Spehar, sagte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Friedensvereinbarungen unter Mitwirkung von Frauen dauerhaft umgesetzt werden, größer sei. Ziel der Konferenz ist ein „White Book of Best Practices“ mit Leitlinien zu den Themen Frauen, Frieden und Sicherheit in Zypern, das in den Friedensprozess eingebracht werden soll.

In den frühen Morgenstunden des 2. November nahmen Einheiten der griechisch- und türkisch-zypriotischen Polizei erstmals an einer gemeinsamen Razzia gegen insgesamt acht illegale Spielhallen in der bi-kommunalen Gemeinde Pyla/Pile teil. Die Operation wurde Berichten zufolge von der UN koordiniert. Insgesamt wurden 47 Personen festgenommen: 37 griechische und sechs türkische Zyprioten, ein Rumäne und drei Vietnamesen. Augenzeugen berichteten, dass die türkisch-zypriotischen Polizisten zur Unterscheidung rote und die griechisch-zypriotischen Polizisten gelbe Mützen trugen. Der griechisch-zypriotische Justizminister Ionas Nicolaou bestritt eine offizielle Zusammenarbeit mit der „sogenannten“ türkisch-zypriotischen Polizei und betonte, dass der Einsatz „simultan“ stattfand. Der Co-Vorsitzende des bi-kommunalen technischen Ausschusses für Kriminalität und Verbrechen, Hakki Celal Onen, drückte sein Unverständnis darüber aus, dass der griechisch-zypriotische Minister versuche, die gemeinsam durchgeführte Aktion zu verzerren. Onen fügte hinzu, dass die Operation nicht durch den Ausschuss durchgeführt wurde, sondern durch einen eigens für Pyla/Pile eingesetzten Komitee. Die Gemeinde liegt innerhalb der Pufferzone und ist eines von zwei Dörfern, in dem immer noch türkische und griechische Zyprioten leben.

2. Gasvorkommen

Laut einer vorläufigen Studie ist die East Med Pipeline sowohl technisch als auch wirtschaftlich machbar. Die Studie wurde durch IGI Poseidon durchgeführt und dem Fond zur Vernetzung Europas (Connecting Europe Fund - CEF) finanziert. Die East Med Pipeline ist eine Gaspipeline und soll über eine Strecke von 1.300 km Zypern, Kreta, Griechenland und möglicherweise Italien verbinden. Mit Hilfe der Pipeline soll das sich im östlichen Mittelmeer befindliche Gas als Teil eines regionalen Korridors direkt nach Europa geliefert werden.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 12. November bestätigte der Moody's Investors Service Zyperns Rating von B1 und änderte den Ausblick von stabil auf positiv. Die Einstufung beruht darauf, dass Zyperns Wirtschaft zu stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist sowie auf dem großen Umfang notleidender Kredite und einer hohen privaten und staatlichen Verschuldungsrate, die größeres Gewicht hätten, als die wirtschaftliche Belastbarkeit und gute Haushaltspolitik.

Der Geschäftsführer des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), Klaus Regling, erklärte, dass das Mandat des ESM nicht die Finanzierung der Kosten, die im Rahmen einer Lösung des Zypernproblems entstünden, abdecke. Dies setze eine Vertragsänderung voraus. Regling

betonte jedoch, dass sich eine Wiedervereinigung positiv auf die Wirtschaft auswirken werde, obwohl die dabei entstehenden Kosten derzeit nicht absehbar seien.

Der Vizepräsident der Bank of Cyprus, Wilbur Ross, wurde von dem künftigen amerikanischen Präsidenten Donald Trump als Handelsminister benannt. Ross, der über ein Milliardenvermögen verfügt, machte mit Hilfe seiner Investitionen bei der Bank of Ireland vor zwei Jahren satte Gewinne und führte eine Investorengruppe in die Bank of Cyprus ein, als er deren Kapital um eine Milliarde Euro erhöhte. Während des Präsidentschaftswahlkampfes war er einer von Trumps Beratern.

Laut des Statistischen Dienstes konnte die Regierung einen Haushaltsüberschuss von 186,5 Millionen Euro im dritten Quartal verzeichnen. Im Vorjahreszeitraum lag der Haushaltsüberschuss bei 132 Millionen Euro. Des Weiteren wuchs die Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 2,9% und im zweiten Quartal um 2,8%.

Die Bank of Cyprus gab auf der Webseite der zypriotischen Börse bekannt, dass sie sich um ein Standard-Listing bei der Londoner Börse einer Holding-Struktur bewerben wolle, bevor sie ein Premium-Listing anstrebe, wodurch die Bank auf dem britischem FTSE-Index stehen würde. Der britische FTSE-Index umfasst die 100 Unternehmen mit der höchsten Marktkapitalisierung an der Londoner Börse.

Innenpolitische Entwicklungen

Nach der Unterbrechung der Verhandlungen am 21. November betonten alle griechisch-ryp-

riotischen Oppositionsparteien außer der AKEL ihre unnachgiebige Haltung und forderten Anastasiades auf, der Linie Griechenlands zu folgen. Griechenland fordert von der Türkei, dass sie ihren Status als Garantiemacht aufgibt, bevor eine Fünfparteienkonferenz stattfindet und beschuldigte die Türkei, dass die Gespräche wegen Ankara festgefahren seien. Die DIKO-Abgeordnete Christiana Erotokritou forderte Anastasiades und alle Parteien auf, die „robuste Haltung“ des griechischen Außenministers Kotzias zu unterstützen, wonach die veralteten und gefährlichen Vereinbarungen hinsichtlich der Garantiemächte abgeschafft und alle türkischen Truppen komplett abgezogen werden müssten. Erst dann seien die Voraussetzungen für eine internationale Konferenz zur Lösung der Zypernfrage gegeben. Die Sprecherin der EDEK, Maria Panagiotiou, sagte dass der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Akinci ein Sprachrohr des „islamo-faschistischen Regimes“ des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan sei. Der Sprecher der Bürgerallianz, Constantinos Filaretou, erklärte, dass jene, welche die Unnachgiebigkeit auf Seiten der Türkei und Akincis vertuschen wollten, indem sie die griechische Regierung beschuldigten, der nationalen Frage nicht gerecht würden, während der Sprecher der Solidarität, Yiannis Selinopoulos, Präsident Anastasiades beschuldigte „miserabel gescheitert“ zu sein. Man müsse sich schon wundern, warum man zurück an den Verhandlungstisch gehe, wenn es keine Änderung in der Haltung der Türkei gebe. Der Sprecher der AKEL, Stefanos Stefanou, folgte der Linie der Regierungspartei DISY und forderte alle Beteilig-

ten auf, die gegenseitigen Schuldzuweisungen zu beenden.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der parlamentarische Ausschuss für Arbeit diskutierte den von dem Arbeitsminister vorgestellten Aktionsplan „Garantien für die Jugend“. Trotz vieler Bemühungen gebe es weiterhin Probleme. Die Abgeordneten betonten, dass die nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit dazu führe, dass Zypern bei der Auswanderung weit vorne liege. Der AKEL-Abgeordnete Andreas Fakontis bewertete den Plan als ineffektiv und forderte eine Studie, um als Konsequenz der Krise, welche die Bedingungen im Bereich der Arbeit verändert habe, die Prioritäten neu zu bewerten. Bessere und häufigere Kontrollen seien laut Fakontas notwendig, da viele Arbeitgeber die vom Ministerium durchgeführten Fortbildungen als ein Instrument für weitere Deregulierungen und Aushöhlungen bei den Beschäftigungsbedingungen nutzen würden. Die Regierung müsse ihr Augenmerk auf die Schaffung neuer, qualitativ anspruchsvoller und langfristiger Beschäftigung richten, entwicklungspolitische Ziele verfolgen und den Wohlfahrtsstaat stärken. Der DISY-Abgeordnete Marios Mavrides machte eine Reihe von Gründen für die Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich und betonte die mangelnde Übereinstimmung von Universitätsabschlüssen und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Laut Mavrides müssten berufliche Ausbildung und Studiengänge an die neuen Bedingungen angepasst werden, damit die Arbeitslosigkeit verringert und die Flexibilität des Arbeitsmarktes verbes-

sert würden. Als Beispiel nannte er die Absolventen von Studiengängen wie Politik und Geisteswissenschaften, die Schwierigkeiten hätten, eine Anstellung zu finden. Private Arbeitsvermittlungen und Agenturen könnten bei der Suche nach passenden Stellen helfen.

Die Gewerkschaft SEK forderte eine Veränderung des Steuersystems im Rahmen einer allgemeinen Reform des öffentlichen Dienstes. Diese Entscheidung des Gewerkschaftskongresses der SEK wurde der Regierung mitgeteilt, welche den Vorschlag positiv bewertete.

Die Gewerkschaften sind mit den Entwicklungen bei der Erneuerung der Tarifverträge für 2016 zufrieden. Von den Ende 2015 noch nicht erneuerten 147 Tarifverträgen für insgesamt 54.243 Beschäftigte wurden 2016 131 Verträge für 25.000 Arbeitnehmer erneuert. Bei 74 Tarifverträgen gelang es den Gewerkschaften, Gehalts- und Sozialleistungskürzungen, welche während der Krise vereinbart worden waren, rückgängig zu machen. In 31 Fällen wurden die Kürzungen komplett, in 45 teilweise rückgängig gemacht. In nächster Zeit müssen 154 weitere Tarifverträge für 33.000 Beschäftigte neu abgeschlossen werden, 61 davon auf Branchenebene mit landesweiter Gültigkeit. Eine Vereinbarung bei 20 weiteren Tarifverträgen im Baugewerbe und im halbstaatlichen Bereich steht noch aus.

Der Konflikt zwischen der Gewerkschaft der Grundschullehrer POED und der Regierung über die Sonderverträge der neu eingestellten Lehrer schwelt weiter. Die Gewerkschaft unterbrach jedoch die einstündigen Streiks, welche an unterschiedlichen Tagen und Städten in den

ersten drei Wochen im November stattfanden. Dies wurde mit den Verhandlungen in Mont Pelerin begründet. Die Arbeitsniederlegungen wurden in der letzten Novemberwoche wieder aufgenommen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Ein dreitägiger von den Tierzucht- und Kartoffelbauernverbänden durchgeführter Streik legte Teile der Hauptstadt lahm. Die Bauern blockierten die Eingänge des Wirtschaftsministeriums und des Parlaments mit ca. 150 Traktoren und Lastwagen bevor sie zum Büro des Premierministers fuhren. Die Streikenden forderten Kompensationen um die Preissteigerungen auszugleichen und die finanziellen Folgen der Dürre abzumildern. In diesem Zusammenhang könnten Gerste oder andere Futtermittel zur Verfügung gestellt werden oder eine Kaufgarantie von Schafs- und Ziegenmilch zu einem höheren Preis ausgestellt und das Benzin subventioniert werden. Der Protest wurde beendet, als Finanzminister Serdar Denktasch eine Einigung für vier der zehn Forderungen ankündigte und um zusätzliche Zeit für die Lösung der anderen Probleme bat.

Die Zahl der Studierenden an türkisch-zypriotischen Universtitäten lag in diesem Jahr bei 93.292, davon sind 13.629 Bürger der TRNZ¹,

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der

während 52.135 Studierende aus der Türkei und 27.538 aus Drittstaaten stammen. Laut des türkisch-zypriotischen Bildungsministeriums, soll demnächst ein Protokoll mit Ankara unterschrieben werden, das es türkisch-zypriotischen Universtitäten ermöglicht, Forschungsgelder des Wissenschaftlichen und Technischen Forschungsrat der Türkei zu bekommen.

Laut Angaben des staatlichen Planungsamtes nahm die Inflation im November im Vergleich zum Vormonat um 1,43% und verglichen mit dem Vorjahresmonat um 8,77% zu. Die größten Preissteigerungen wurden auf dem Wohnungsmarkt, bei Kosten für Wasser, Strom, Gas und anderen Treibstoffen verzeichnet.

Beziehungen zur Türkei

Nach seinen Treffen in Athen Anfang November und als Antwort auf die Haltung Griechenlands im Hinblick auf die Frage der Garantiemächte, erklärte der türkische Minister für EU-Angelegenheiten Omer Celik, das sich die Türkei weder derzeit noch in künftig an dieser Diskussion beteilige.

Nach dem Scheitern der Gespräche in Mont Pelerin stattete der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu dem Norden einen Arbeits-

rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

besuch ab, um zu erfahren, in welcher Phase sich die Zyperngespräche befänden und sich nach den nächsten Schritten der türkisch-zypriotischen Seite zu erkundigen. Nach Gesprächen mit Akinci, den Mitgliedern der Koalitionsregierung und der Opposition sagte Cavusoglu, dass die Unterredungen zufriedenstellend gewesen seien.

Während eines Treffens der parlamentarischen Gruppe der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) betonte der türkische Premierminister Binali Yildirim, dass die Garantien der Türkei eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung des Zypernproblems seien. Die Türkei unterstütze mehr als jedes andere Land eine gerechte Lösung auf der Basis einer rotierenden Präsidentschaft. Yildirim kritisierte jedoch, dass die andere Seite ihrer Verantwortung nicht nachkomme. Die Türkei wolle verhindern, dass ihre türkisch-zypriotischen Brüder noch einmal eine bittere Erfahrung wie in den 60er und 70er Jahren erleiden müssten.

Nach einem Treffen mit dem Ministerrat sagte der türkische stellvertretende Premierminister und Regierungssprecher Numan Kurtulmus, dass die territorialen, Sicherheits- und Garantieforderungen nach Auffassung der türkischen Regierung äußerst heikel seien und fügte hinzu, dass die Freizügigkeit türkischer Staatsbürger im Falle einer Lösung äußerst wichtig sei.

Der türkisch-zypriotische Minister für Arbeit und Soziales, Hamza Ersan Saner, traf sich mit seinem türkischen Amtskollegen in Istanbul. Laut einer vom Ministerium veröffentlichten Erklärung arbeite man bei einigen Projekten

zusammen wie z.B. beim Bau von Heimen für Senioren und behinderte Menschen sowie einem Kinderdorf.

Das Parlament verabschiedete einen Gesetzesvorschlag zur Modernisierung des türkisch-zypriotischen Zollsystems, um es mit dem der Türkei in Einklang zu bringen. Dies bedeutet, dass die TRNZ ein international anerkanntes elektronisches System einsetzen wird, welches das alte, auf Papierakten basierende System ersetzen soll. Die neuen Standards sollen „die bestehenden Differenzen“ zwischen den Abteilungen beider Länder „beseitigen“, erklärte der Minister für Wirtschaft und Energie Sunat Atun den Abgeordneten, nachdem beide Regierungen eine Vereinbarung unterzeichnet hatten, um einen gemeinsamen Ausschuss ins Leben zu rufen.

Innenpolitische Entwicklungen

Die stärkste Oppositionspartei CTP (Republican Turkish Party) hielt am 13. November ihren 26. Parteikongress ab. Generalsekretär Tufan Erhurman wurde ohne Gegenkandidaten zum neuen Vorsitzenden gewählt. In seiner Antrittsrede sagte der neue Parteivorsitzende, dass es in der Partei einige Mitglieder gebe, welche Positionen vertreten hätten, die nicht mit den linksorientierten Werten der Partei in Einklang stünden und dass er ein solches Verhalten in Zukunft nicht tolerieren werde. Mit Bezug auf die einwöchige Pause der Zyperngespräche nach dem ersten Treffen in Mont Pelerin gab Erhurman bekannt, dass er sich als neuer Vorsitzender der CTP mit den Vertretern der beiden griechisch-zypriotischen Parteien AKEL und DISY

treffen wolle. Man werde sich auch weiterhin auf der Straße und am Verhandlungstisch für kreative Wege einsetzen, um den Frieden in Zypern zu fördern.

Am 28. November hielt der neugewählte Vorstand der CTP seine erste Versammlung unter Erhurmans Vorsitz ab. Die Partei gab danach die Wahl des Zentralkomitees bekannt. Der neue Vorstand setzt sich aus den folgenden Mitgliedern zusammen: Ali Karavezirler, Mehmet Caglar, Cemal Mert, Teberruken Ulucay, Cicek Gockun Bayramoglu, Dogus Derya, Aybike Yektaoglu, Armagan Candan und Hasan Ulas Altioik. Auf derselben Versammlung wurde auch Erdogan Sorakin, der ehemalige Präsident des Grundschullehrerverbandes KTOS, zum neuen Generalsekretär gewählt.

Laut der letzten vierteljährlich abgehaltenen Meinungsumfrage des Zentrums für Migration, Identität und Rechtsstudien (CMIRS) sind die Hoffnungen auf eine Lösung des Zypernproblems so gering wie nie seit Beginn der Umfragen im März 2015. Nur 23% der 500 Befragten gaben an, dass sie glauben, den Prozess beeinflussen zu können. Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit war mit 5,66 von maximal 10 ebenfalls niedrig verglichen mit einem hohen Wert von 6,81 im April und 5,81 im Juli. Die meisten Befragten nannten das Zypernproblem, wirtschaftliche Sorgen und Arbeitslosigkeit als „ihr größtes Problem“.

Der Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei TDP für Nikosia und ehemalige Parteivorsitzende Mehmet Cakici trat aus der Partei aus. Neben ihm verließen auch andere Mitglieder wie der ehemalige Abgeordnete für Famagusta,

Mustafa Emirogullari, die Partei. Dies war eine Reaktion auf die Ankündigung des Disziplinarausschuss der TDP, die Mitgliedschaft Emiroguallis aufgrund einer Reihe von Disziplinarvergehen für ein Jahr auszusetzen. Einige Tage später gab Cakici bekannt, dass die Communal Liberation Party (TKP) beim Innenministerium registriert wurde. Die TKP ist die Wiederbelebung einer ursprünglich 1976 gegründeten Partei, die aufgelöst wurde, als die TDP gegründet wurde. Die Parteizentrale der TDP dankte Cakici in einer Erklärung für dessen Verdienste in der Partei.

Zwei Schülerinnen und ein Busfahrer starben bei einem Frontalzusammenstoß zwischen einem Schulbus und einem Lastwagen in der Nähe eines Steinbruchs auf der Straße von Kythrea (Degirmenlik) nach Kyrenia. Nach dem Unfall wurde heftige Kritik an der Entscheidung der türkisch-zypriotischen Regierung geübt, die Uhren nicht auf Winterzeit zurückzustellen, sodass die sich Schüler lange vor Sonnenaufgang auf den Schulweg machen müssten. Die Dunkelheit zum Zeitpunkt des Unfalls und der schlechte Zustand der Straße werden als Grund für den Unfall gesehen. Seit Ende Oktober ist der Norden der Insel dem Süden eine Stunde voraus, nachdem die türkisch-zypriotische Regierung die Sommerzeit beibehielt und somit der Politik Ankaras folgte. In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten die Lehrer-gewerkschaften die Entscheidung der Regierung, die Uhren nicht zurückzustellen, den schlechten Zustand der Straßen, fehlende Inspektionen von Fahrzeugen zur Personenbeförderung sowie der Mangel an Maßnahmen zur Prävention von Straßenunfällen.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Dezember 2016

--- keine Veranstaltungen ---



Januar 2017

--- keine Veranstaltungen ---

Das FES-Newsletter-Team und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2017.



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com